

Klimaethik an den Grenzen realpolitischer Machbarkeit: Rezension zu "From Big Oil to Big Green: Holding the Oil Industry to Account for the Climate Crisis" von Marco Grasso

Kalke, Karoline

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kalke, K. (2022). Klimaethik an den Grenzen realpolitischer Machbarkeit: Rezension zu "From Big Oil to Big Green: Holding the Oil Industry to Account for the Climate Crisis" von Marco Grasso. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83238-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Karoline Kalke | Rezension | 23.11.2022

Klimaethik an den Grenzen realpolitischer Machbarkeit

Rezension zu „From Big Oil to Big Green. Holding the Oil Industry to Account for the Climate Crisis“ von Marco Grasso



Marco Grasso

From Big Oil to Big Green . Holding the Oil Industry to Account for the Climate Crisis

USA

Cambridge, MA 2022: MIT Press

368 S., \$ 40.00

ISBN 9780262369770

Wir leben in krisenhaften Zeiten: Der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise sowie historisch hohe Inflationsraten und die sich stetig verschärfende Klimakrise konfrontieren uns mit großen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund stellt Marco Grassos *From Big Oil to Big Green. Holding the Oil Industry to Account for the Climate Crisis* zunächst einen emanzipatorischen Ausweg aus Klimakrise und Energieunsicherheit in Aussicht. In seinem jüngst erschienenen Buch rückt Grasso die Rolle der Mineralölkonzerne ins Zentrum, die in der aktuellen Situation Rekordgewinne verzeichnen und – oder besser: obwohl sie – massiv zur Klimakrise beitragen. In drei Teilen und zehn Kapiteln argumentiert der Geograf für einen Wandel in Sachen Klimaschutz, der nicht etwa das individuelle (Konsum-)Verhalten, sondern die zwanzig größten Erdölgesellschaften der Welt in die Verantwortung nimmt. Mehr noch: Der Autor unterbereitet einen konkreten Vorschlag, wie die Akteure des Ölkomplexes auf sozial rechtem Wege ihren Beitrag zur Dekarbonisierung der Wirtschaft leisten können.

Bisher, so Grasso, seien die von ihm unter dem Begriff „Big Oil“ subsummierten Mineralölkonzerne viel zu tief unter dem Radar der Klimaschutzmaßnahmen geflogen. Stattdessen sei es notwendig, die Konzerne als zentrale Akteurinnen für Klimaethik und

Klimapolitik zu betrachten, schließlich liege deren kausale Verantwortlichkeit für die Klimakrise auf der Hand. Grasso macht diese Verantwortlichkeit für den Schaden an der Menschheit und dem Planeten an mehreren „moralisch relevanten Fakten“ fest. Dazu gehören ihr nachweisbares Wissen um die negativen Auswirkungen ihres Geschäftsmodells, die von ihnen ausgehenden Verleugnungskampagnen gegenüber der Klimakrise, ihr Framing, Klimaschutz sei vordergründig durch individuelles Konsumverhalten zu erreichen, sowie ihr aktives Lobbying gegen Klimapolitik. Vor allem aber seien es die enormen Profite der Konzerne, die Grasso zufolge zwar nicht in direktem Zusammenhang mit der Schadensverursachung stünden, aber die Brücke von Verantwortlichkeit zu Verpflichtungen schlagen würden.

Diese Verpflichtungen der Ölkonzerne sieht er zum einen darin, die bisher angerichteten ökologischen Schäden durch Reparationszahlungen (zumindest ansatzweise) zu bereinigen, zum anderen müssten zukünftige Schäden dringend vermieden werden. Letzteres solle durch die Dekarbonisierung der Geschäftsmodelle von Big Oil geschehen, also dem im Titel angekündigten Weg zu Big Green im Sinne einer Umstellung auf erneuerbare Energien. Bei der Ausbuchstabierung dieses Vorhabens ist der Autor sichtlich um einen Spagat zwischen normativer Theoretisierung mittels Klimaethik und realpolitischer Umsetzung bemüht. Insbesondere sein Fokus auf die realistische Umsetzbarkeit oder auch: „How to move climate ethics into practice“ erklärt, weshalb er, trotz vereinzelter kritischer Spitzen, in der Spur der kapitalistischen Marktlogik verbleibt, die Klimaschutz unter umweltfreundlicheren technologischen Innovationen, Effizienzgewinnen und unterstützenden Politikinstrumenten zusammenfasst. Innerhalb dieser Logik liefert Grasso tiefgreifende Vorschläge zur mittelfristigen Operationalisierung und Implementierung beider Pflichten auf möglichst sozial gerechte Weise. Denn auch wenn ihm selbst radikalere Wege lieber wären, wie der selbsterklärte Ökosozialist freimütig einräumt, sei es wenig sinnvoll, ausgerechnet die Industrie mit einem Schlag zu enthaupten, auf der „unser“ globales System maßgeblich aufbaue.

Auf sozial gerechtem Wege in einen grünen Kapitalismus also? Wie soll das gehen? Dazu schlägt Grasso vor, die Reparationszahlungen aufzuteilen und dabei Klimageflüchtete sowie überhaupt all jene Personen und Kommunen am stärksten zu berücksichtigen, die am meisten unter den Klimaschäden zu leiden haben. Im Hinblick auf die Dekarbonisierung folgt Grasso *Just Transition* Ansätzen und präsentiert detaillierte Vorschläge, mit denen die momentan in der Mineralölindustrie beschäftigten und von ihr abhängigen Arbeitnehmer:innen respektive Kommunen unterstützt und entschädigt werden sollen. Für die übergreifende Finanzierung beider Verpflichtungen entwirft der

Autor einen so genannten *Fund for Oil Rectification*. Dieser Fonds soll aus Gewinnabschöpfungen der Unternehmen gespeist werden, deren Höhe Grasso anhand des jeweiligen Anteils der Unternehmen an den globalen Klimaschäden zuteilt. Da der tatsächliche Schadenswert pro ausgestoßener Tonne die Vermögenswerte der Konzerne bei weitem übersteigen, dies die Konzerne in den direkten Ruin treiben und somit die Dekarbonisierung verunmöglichen würde, schlägt Grasso eine Gewinnabschöpfung von ein bis drei Prozent der ermittelten Schadenssummen vor. Diese soll bis 2050 sukzessive auf vier bis sechs Prozent steigen. Wie hoch der tatsächliche Prozentsatz der verursachten Schadenssumme sein soll, den ein Unternehmen auszugleichen hat, ergibt sich wiederum aus einer Zuordnung der Konzerne in drei Gruppen. Deren Unterteilung nimmt Grasso anhand von Vermögenswert, historischem Beitrag am Treibhausgasausstoß und der für den Autor schwerwiegenden Beteiligung an Klimaleugnungskampagnen vor. Die gleiche Systematik wendet er hinsichtlich der Dekarbonisierungsverpflichtungen an. Allerdings nimmt er in diesem Schritt gleichzeitig eine Unterscheidung vor, die Privatunternehmen von staatlich kontrollierten Konzernen abgrenzt. Denn während Erstere ökonomisch allein ihren Shareholdern gegenüber Rechnung trügen, seien Letztere ein nicht unerheblicher Akteur in der Finanzierung öffentlicher Güter, weshalb die ihnen zur Dekarbonisierung zugemutete Belastung sowohl in zeitlicher wie auch ökonomischer Hinsicht geringer ausfallen sollte.

Grassos konkrete Vorschläge stehen nun allerdings vor der nicht unerheblichen praktischen Hürde, wie die Konzerne nun tatsächlich in die Verantwortung genommen werden können. Erst an diesem Punkt verdeutlicht er, was im hoch moralisierenden und teils Systemzwänge vernachlässigenden Duktus zuvor noch nicht ganz eindeutig schien: Auch ihm sei bewusst, dass die Protagonist:innen seines Buches Forderungen wie die seine nicht ohne Weiteres akzeptieren würden. Dies sei nur möglich, indem ihre hegemoniale Position durch massiven externen Druck destabilisiert würde. Grasso verortet diese Hegemonie des Ölkomplexes neogramscianisch im sogenannten „transnationalen historischen Block“, bestehend aus „Mineralölkonzernen, Regierungen, Branchenvertreter:innen, Institutionen und internationalen Führungseliten“, welche eine scheinbar undurchdringliche Barriere von Interessen formierten. Diese Barriere würde durch verschiedene Formen von Macht sicherstellen, dass die Zentralität fossiler Brennstoffe mittels Klimapolitik nicht hinreichend untergraben werden könne. Folglich brauche es destabilisierende Akteur:innen, die Grasso auf diese einzelnen Machtformen ansetzt. Auch hier geht er äußerst feingliedrig vor (teilweise zu sehr, sodass er des Öfteren ins Repetitive umschlägt) und differenziert zwischen primären und operationellen Akteur:innen der Destabilisierung. Primäre Akteur:innen, das sind allen voran

gegenhegemoniale Kräfte wie soziale Bewegungen, öffentliche Einzelpersonen, Investigativjournalist:innen und Wissenschaftler:innen, die den Grundstein einer Destabilisierung durch Problembewusstsein, Diskursverschiebungen und Druck von unten legen sollen. Letztlich baut Grasso aber auf die wesentlichen operationellen Akteur:innen, die durch diesen gesellschaftlichen Druck in Zugzwang gebracht werden, etwa politische Instanzen der verschiedenen Ebenen, die nicht zuletzt durch Klimaklagen, CO₂-Steuern und Verbotsgesetze erhebliche Gestaltungsmacht haben, aber auch ökonomische Akteur:innen wie Banken und institutionelle Investor:innen, deren Funktion Grasso im Divestment aus fossilen Energieunternehmen sieht.

Fraglich bleibt, was an dieser Zuschreibung an die primären Akteur:innen nicht längst Realität ist oder sogar bereits seinen politisierenden und mobilisierenden Zenit erreicht hat, arbeiten sich soziale Bewegungen und Wissenschaftler:innen doch seit Jahren an der Legung genau dieses Grundsteins für operationale Akteur:innen ab – leider mit nur mäßigem Erfolg. Jüngst hat etwa Olaf Scholz erst in Abu Dhabi einen Baum für den Klimaschutz gepflanzt, um tags darauf neue Deals über den Bezug von Flüssiggas und Diesel aus den Emiraten abzuschließen. Und das nur einen Tag, nachdem Fridays for Future mit einem weltweiten Klimastreik die Regierungen dazu aufgefordert hatte, die Energiekrise nicht gegen die Klimakrise auszuspielen.

An dieser Stelle zeigt sich, dass Grassos Vorschläge realiter nicht recht aufgehen. Die von ihm eingenommene neogramscianische Perspektive der hegemonialen Stellung des Ölkomplexes offenbart schließlich seine Achillesferse, die eine Vielzahl an analytischen Leerstellen und Widersprüchen nach sich zieht. So bezieht sich sein Hegemonieverständnis hauptsächlich auf den Zwang durch die internationalen Eliten des Ölkomplexes statt auf Alltagsverstand und Konsens. Damit fällt Grasso machttheoretisch maßgeblich hinter Gramsci zurück, der ja gerade den Konsens als breite Zustimmung der Bevölkerung mittels normalisierten und naturalisierten Vorstellungen und Alltagspraktiken gewinnbringend in die Führung und Organisation von Hegemonie eingeführt hat. Diese Vermutung drängt sich an vereinzelten Stellen im Buch auf, an denen Grasso die Bürger:innen und Konsument:innen als durch die Desinformationskampagnen der Konzerne getäuscht, in Teilen auch als unwissend und kulturell befangen beschreibt, was Assoziationen zu dem vielfach kritisierten¹ Post-Demokratie-Duktus eines Colin Crouch weckt. Zwar gelingt es dem Autor, die neoliberale Erzählung von der Konsument:innenverantwortung treffend zu entkräften und die strukturellen Abhängigkeiten von Alltags- und damit auch Konsumpraktiken zu verdeutlichen, die – Stichwort value action gap – sehr oft den eigenen Werten entgegenstehen. Gleichzeitig aber schiebt Grasso die Bürger:innen zu sehr in die

Rolle der Unterdrückten, Entfremdeten oder Getäuschten, die sich aus der Macht des Ölkomplexes befreien könnten, würden sie sich nur als primäre Akteur:innen für eine Destabilisierung der aktuellen Verhältnisse engagieren. Dabei lässt er nicht nur soziologische Hinweise zum Zusammenhang von Subjektivität, Arbeit und Wachstum² außen vor, sondern ignoriert vor allem, neben den „primären Akteur:innen“ im Kampf gegen die Klimakrise, auch die aktive Gegenwehr größer werdender Teile der Gesellschaft gegen das Projekt einer gesellschaftlichen Nachhaltigkeitstransformation.³

Als Folge seines Hegemonieverständnisses lässt Grasso nicht nur den zivilgesellschaftlichen Konsens unberücksichtigt, auch lässt er vor allem einen Blick für systemische Zusammenhänge vermissen, der aber seinem Selbstanspruch an realpolitischer Umsetzbarkeit mehr Genüge tun würde. Insbesondere die systemischen Verzweigungen zwischen fossilen Energien, kapitalistischem Wachstum⁴ und liberaler Demokratie⁵ werden zwar vereinzelt angedeutet, dann aber letztlich nicht konsequent berücksichtigt. So macht Grasso an mehreren Stellen im Buch die Klimaleugnungskampagnen der Mineralölkonzerne recht einseitig für die Klimakrise verantwortlich, ganz so als wäre Letztere vordergründig ein Problem mangelnden öffentlichen Bewusstseins und Verstehens der getäuschten Zivilbevölkerung und nicht eine grundlegende systemische Abhängigkeit von kapitalistischem Wachstumszwang und fossilen Energien. Auch die oben beschriebene Erzählung der Konsument:innenverantwortung führt Grasso einseitig auf „Big Oil“ zurück, obwohl diese nicht zuletzt dem neoliberalen Paradigma der nachhaltigen Entwicklung entsprungen ist.⁶ Und auch die fehlenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise aus der Politik schreibt der Autor zu stark der paralysierenden Lobbyarbeit von Mineralölkonzernen zu und vernachlässigt dabei ein weiteres zentrales Problem: den Widerspruch zwischen Staatsimperativen und einer Nachhaltigkeitstransformation, die tatsächlich planetare Grenzen einhalten, gleichzeitig aber tiefgreifende Veränderungen in der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfordern würde.⁷

Dies ist zudem der Tatsache geschuldet, dass Grasso sich Fragen nach der Notwendigkeit einer solchen Transformation im Zuge einer Dekarbonisierung und ihrer weitreichenden Bedeutung für kapitalistische Demokratien gar nicht erst stellt. Vielmehr geht er von einer einfachen Umstellung der Geschäftsmodelle von Mineralölkonzernen von fossilen auf erneuerbare Energien innerhalb kapitalistischer Marktlogiken aus, ohne die kritischen Nachhaltigkeitsdiskurse aufzugreifen, die betonen, dass erneuerbare Energien für grünes Wachstum allein nicht ausreichen, sondern gleichzeitig eine Reduktion des Energieverbrauchs unumgänglich ist.⁸ Letztere ist auch nicht über Effizienzgewinne zu deckeln, schon gar nicht in einem auf Expansion basierenden kapitalistischen System.⁹

Dabei braucht es eine derart verabsolutierte Perspektive auf die Mineralölkonzerne als Ursache allen Übels für Grassos Hauptargument gar nicht. Denn die Stärke des Buches liegt eben darin, aufzuzeigen, dass und wie Mineralölkonzerne sowohl für bereits entstandene Schäden als auch für die Vermeidung zukünftiger aufkommen sollten. So durchdacht und pointiert Grassos klimaethische Analyse der Verantwortlichkeiten jedes einzelnen Unternehmens sowie seine ausdifferenzierten Vorschläge dazu, wie diesen sozial gerecht nachzukommen sei, auch sind, so sehr stoßen seine realpolitischen Ambitionen doch maßgeblich an die Grenzen seiner machtheoretischen Verortung der Mineralölkonzerne und die blinden Flecken in Richtung kritischer Nachhaltigkeitsforschung. Schließlich bleibt also zu bezweifeln, dass mit seinen Ideen und Ausführungen der eingangs vielversprechend erscheinende Ausweg aus der Abhängigkeit von fossilen Energien zu machen ist. Während Grasso in Einleitung und Schluss seines Buches noch versucht, die grassierende COVID-19-Pandemie in seiner dazwischen liegenden Argumentation mitzudenken, könnte der Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht spannender und gleichzeitig hinderlicher sein: Zum einen treffen seine Vorschläge zu den Gewinnabschöpfungen bei Mineralölkonzernen im Kontext steigenden öffentlichen Zuspruchs zur Übergewinnsteuer für Energiekonzerne inzwischen auf offene Ohren. Zum anderen wirft die Energiekrise Grassos Forderungen, die Mineralölkonzerne stärker in die Verantwortung zu nehmen, allerdings um Jahre zurück, haben die Ängste vor einem bevorstehenden kalten Winter und zu drosselnden Industrien doch einmal mehr die Abhängigkeit stabiler liberaler Demokratien von Öl und Gas deutlich werden lassen. Vielleicht ist Grasso aber auch hinsichtlich seiner Vorschläge von einigen „primären Akteur:innen“, allen voran Aktivist:innen und Teilen der kritischen Nachhaltigkeitsforschung überholt worden. Schließlich sind sie es, die weitaus folgenreichere Ideen für eine Dekarbonisierung aufwerfen, als Grasso es tut. Diese liegen inzwischen in der Vergesellschaftung von Energiekonzernen als zentralem Hebel für eine sozial-ökologische Transformation, die immer mehr im Sinne eines Ökosozialismus¹⁰ verhandelt wird, ergo dem radikaleren Weg, der Grasso ohnehin lieber wäre. Die Frage nach der Umsetzbarkeit eines solchen gegenhegemonialen Projekts sei an dieser Stelle dahingestellt. In jedem Fall ließe sie sich nicht näher beantworten, ohne den Konsens der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen und zu organisieren.

Endnoten

1. Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin 2013; Stephan Lessenich, *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Ditzingen 2019.
2. Stefanie Graefe, *Degrowth und die Frage des Subjekts*, in: *Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistischen Lebensweise*, Frankfurt am Main / New York 2016, S. 201–222.
3. Ingolfur Blühdorn / Felix Butzlaff / Margaret Haderer, *Emancipatory Politics at its Limits? An Introduction*, in: *European Journal of Social Theory* 25 (2022), 1, S. 3–25.
4. Andreas Malm, *Fossil Capital. The Rise of Steam-Power and the Roots of Global Warming*, London / New York 2016.
5. Timothy Mitchell, *Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil*, London 2011.
6. Karl-Werner Brand, *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main 2017.
7. Daniel Hausknost, *The Environmental State and the Glass Ceiling of Transformation*, in: *Environmental Politics* 29 (2020), 1, S. 17–37; Daniel Hausknost / Marit Hammond, *Beyond the Environmental State? The Political Prospects of a Sustainability Transformation*, in: *Environmental Politics* 29 (2020), 1, S. 1–16.
8. Ulrike Herrmann, *Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden*, Köln 2022.
9. Helmut Haberl / Dominik Wiedenhofer / Doris Virág / Gerald Kalt / Barbara Plank / Paul Brockway et al., *A Systematic Review of the Evidence on Decoupling of GDP, Resource Use and GHG Emissions, Part II: Synthesizing the Insights*, in: *Environmental Research Letters* 15 (2020), 6, S. 65003.
10. Klaus Dörre, *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Berlin 2021.

Karoline Kalke

Karoline Kalke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich politische Soziologie, Subjekttheorien, Digitalisierung und Kritische Theorie.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Stephanie Kappacher.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozio.polis.de/klimaethik-an-den-grenzen-realpolitischer-machbarkeit.html>